

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausg.

Abend-Ausgabe: 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Polstschiff: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Vertrieb:

Tagblattausg. Nr. 6058-52.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Polstschiff: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Verlagspreis: Für den Verlag bezogen: M. 3.80 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne
Traglohn; durch die Post bezogen: M. 4.50 monatlich, M. 13.50 vierteljährlich, mit
Traglohn. — Bezugsbedingungen: Der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle
Händler. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die
Händler keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entrichteten Einlags.

Anzeigenpreis: Einfache Anzeigen M. 1.20, aussergewöhnliche Anzeigen M. 1.50, örtliche Anzeigen M. 1.00, aussergewöhnliche Anzeigen M. 1.20, für die ersten 10 Zeilen. — Bei wiederholter Aufnahme unterbleibender Anzeigen entfällt der Nachschlag. — Schluss der Anzeigen: 10 Uhr abends. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Verleger: Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstrasse 2. Fernsprecher: Amt Hansa 1371-1373.

Donnerstag, 20. Januar 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 32. • 69. Jahrgang.

Eine Bayerndebatte im Reichstag.

Br. Berlin, 20. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Man darf es begrüßen, daß der Reichstag als „parlamentarische Persönlichkeit“ der 50. Wiederkehr des 18. Januar gedacht hat, und daß die gestrige Erklärung des Präsidenten Lobe ermöglicht wurde. Sie wurde allgemein beifällig aufgenommen. Nur die Kommunisten waren natürlich enttäuscht, und als Lobe auch noch für den toten Bechmann angemessene Worte des Gedenkens fand, war man dort so unzufrieden, daß man sich zu wüsten Zwischenrufen hinreissen ließ. Die Mitteilung erhielt dann Dr. Leo von den Vereinigten Kommunisten, als er gegen Lobe eine langatmige Erklärung las. Das ganze Haus protestierte stürmisch gegen diesen in der Tat unerlaubten Zeitraub. Von der zehnten umfänglichen Tagesordnung blieb nur ein Punkt übrig: Der unabhängige Antrag, der etwas wie eine Reichsresolution gegen Bayern verlangt, weil dort der Belagerungszustand noch immer aufrechterhalten wird. Die Debatte wurde zuweilen recht lebhaft, da die Herren vom Sowjetstern es sich angelegen sein ließen, möglichst geistig zu opponieren, als der Reichsminister Koch sich bemühte, die Situation Bayern-Reich in dieser Unterfrage ohne besondere Wärme für den „Angeklagten“, aber darum um so sachlicher darzulegen. Herr Koch verwies auf die zwischen München und Berlin schwebenden Verhandlungen und bat abzuwarten. Das ließ annehmen, daß sich der Druck auf das Kabinett Rahr durchsetzen dürfte. Verfassungsgemäß ist ja auch kaum mehr zu machen und darum ändert auch kein Beschluß des Reichstags etwas, von dem Herr Koch denn auch mit Recht abriet. Der bayerische Staatssekretär Schwenzer bemühte sich, die Beibehaltung des Belagerungszustandes zu rechtfertigen. Als er dabei versicherte, daß die Entwaffnungsaktion in Bayern an dem Widerstand des bewaffneten Proletariats scheiterte, lärmte Herr Adolf Hoffmann und der Präsident mußte einschreiten. Aber die Leidenschaft ebte dann sehr rasch ab. Für die Mehrheitssozialisten stimmte der Abg. Vogel natürlich dem Antrag zu und für die Bayerische Volkspartei suchte der Abgeordnete Emminger seine Regierung zu decken. Der Saal wurde inzwischen leerer und leerer. Zwischen durch plädierte ein Tribünenbesucher mit lebhaften Zwischenrufen für Abbruch der Diskussion, die ihm zu langweilig erschien. Vizepräsident Dr. Well drohte energisch mit der Räumung der Tribünen, was aber auf den protestierenden Zuhörer sichtlich wenig Eindruck machte. Die Erörterung gestaltete sich dann in der Tat etwas unständlich, um schließlich durch den deutschnationalen Erlanger Theologie-Professor Strathmann ganz zuletzt noch einen Impuls ins Politische zu erhalten, was zu erneuten Zusammenstößen mit der äußersten Linken führte.

Sitzungsbericht.

W. T. B. Berlin, 19. Januar.

Als Präsident Lobe die Sitzung um 2.15 Uhr eröffnet, saßen die Räte des Hauses noch recht grobe Läden auf. Auch die Tribünen des Hauses sind nur schwach beleuchtet. Die Rede weist aber rasch, als Präsident Lobe die ersten Worte der Begrüßung an die Versammlung richtet und des gestrigen Tages gedenkt, der 50-jährigen Jubelfeier des Tages, an dem die deutschen Stämme ihre Einheit begründeten. In diesen Zusammenhängen schloß sich die Geburtsstunde des ersten deutschen Reichstags an. Seit 50 Jahren ist die Zeit so lauten Felsen, betont der Präsident. Wir haben die Pflicht, den Bund der Einheit zu wahren und dem Tag entgegen zu arbeiten, an dem niemand es mehr wagen wird, die Einheit Deutschlands im Kränze der Völker zu bestreiten. Wir leben auch mit Ruhe nach dem Tag entgegen, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch den Völkern von uns abgetrennten Stammesbrüdern und auch den Völkern Österreichs zugute kommt. Erst dann wird die deutsche Einheit vollkommen sein.

Der Aufruf für den verstorbenen Abg. Legien und den früheren Reichstagspräsidenten v. Bechmann-Hollweg hat das Haus lebend an. Der kommunistische Abgeordnete Watzschmann ist nicht unterlassen, durch den Ruf: „Er war der Arieaschdige!“, den feierlichen Akt zu tönen. Stürmischer Protest aus dem ganzen Hause weist ihn zurück. Präsident Lobe schließt seine Ausführungen mit der Anerkennung der guten Absichten Bechmann-Hollwegs, so daß kein Grund vorliegt, ihm eine Hülse Ehrung zu verweigern.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Abg. Dr. Leo (Komm.) unterbrochen von stürmischen Zurufen des Hauses, einen Protest gegen die Erklärung des Präsidenten im Sinne der 50-jährigen Gedenkfeste. Als der Arm des Hauses immer größeren Umfang annimmt, meint Präsident Lobe, man werde den Zwischenfall schnell beenden, wenn das Haus ruhig bleibe. Als Abg. Leo keine Ausführungen geschlossen hatte, bemerkt der Präsident, er nehme an, daß niemand aus dem Hause weiterer Notiz von dem Protest zu nehmen gedenke.

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein und verweist ohne Debatte das Auslandsdenkmal und das Verdrängungsdenkmal an den Haushaltsauschuss. Der unabhängige Abg. Goldmann begründet sodann den Antrag der Unabhängigen, die von Bayern auf Grund des Art. 48 der Verfassung für Bayern getroffenen Maßnahmen außer Kraft zu setzen. Der Redner betont, daß Bayern der Vort der Reaktion geworden sei.

Reichsminister Koch betont, daß die Reichsregierung Verhandlungen mit der bayerischen Regierung eingeleitet habe, daß sie aber zu einem Eingreifen nicht in der Lage sei, jedoch hoffe, auf dem Wege der Verhandlung zu einer Verständigung zu gelangen. (Die Ausführungen des Ministers werden durch stürmische Zwischenrufe der äußersten Linken unterbrochen.)

Staatssekretär Schwenzer macht nähere Ausführungen, aus denen hervorgeht, daß die Reichsoberleitung in Bayern nichts verfehlt werde.

Abg. Vogel: Die einstweiligen Maßnahmen sind nur zulässig, wenn Gefahr im Verzug ist, und der Reichspräsident nicht mehr in der Lage ist, rasch genug einzugreifen. Beides trifft hier nicht zu.

Abg. Emminger (Bayer. Volk.) wundert sich, daß man es Bayern, das doch den Ausnahmezustand nach dem Kriege gründlich kennen gelernt habe, verdenke, wenn es jetzt erleichtert aufstehe, wo seine Landstrichen endlich von den Lasten mit Waffengewalt und von den roten Belien in den Händen der Reichsregierung befreit seien. (Während der Rede des Abg. Emminger macht ein Besucher der Tribüne andauernd Zwischenrufe, wie „Time is money!“ und andere. Vizepräsident Dr. Well droht, im Wiederholungsfall die Tribünen räumen zu lassen.)

Vizepräsident Dr. Well macht die Mitteilung, daß nach sechs Rednern zum Wort gemeldet seien. Er bittet im Interesse der Förderung der Geschäfte, nicht zu lang zu sprechen.

Abg. Dr. Strathmann (D. Volk.) schildert die Vorwürfe, die gegen Bayern erhoben wurden.

Reichsminister Koch: Die Erklärung des Vortredners, daß die bayerische Regierung den Anordnungen der Reichsregierung in verfassungsmäßigen Grenzen nur insoweit Folge leisten werde, als lebenswichtige Interessen des bayerischen Staates nicht berührt würden, ist eine glatte Anreizung zum Verfassungsbruch. In solchen Fragen liegt die direkte Entscheidung beim Reichstag und bei der Reichsregierung. Ihre Zurückhaltung im vorliegenden Falle darf nicht zu der Annahme verleiten, daß das Reich zu einem solchen Eingreifen verpflichtet sei. Natürlich denkt das Reich nicht daran, die Vollstreckung der Befehle zu übernehmen. Ich bin überhaupt gegen den Zentralismus und kann nicht verkennen, daß Berlin in zentralistischen Erwägungen zu weit gehe. (Zustimmung und Lärm.)

Vizepräsident Well schlägt nunmehr vor, die Debatte abzubrechen.

Das Haus erledigt nach einer Reihe von Petitionen ohne jede Debatte nach den Beschlüssen der Kommission und verlegt sich alsdann auf Donnerstagmittag 1 Uhr. Tagesordnung: Reichsnote: Interpellation über Ober- und Nieder- und Rest der heutigen Tagesordnung.

Das Reichsnote im Steueranhang.

Br. Berlin, 20. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Steueranhang des Reichstags nahm die Beratung über den Gesetzentwurf des Reichsnote im Steueranhang auf. Durch Anregung der Abg. Beder-Hellen (D. Volk.) und Gerold (Zentr.) einigte sich der Ausschuss dahin, zunächst die Frage der Annahme von Kriegsanleihen zur Festhaltung des Reichsnote, dann die Grundzüge für die Art der Ermittlung der Grundeinkommen zu beraten und schließlich die Kopie zum Einkommensteuergesetz als dringlich vorzunehmen. Reichsfinanzminister Dr. Wirth machte Mitteilung über die bei der letzten Konferenz der Landesfinanzminister ausgetauschten Wünsche. Danach soll in dem Gesetz, in dem die neuen Steuerzusage festgelegt sind, auch vorgelassen werden, daß die Mehrbelastung, die den Ländern und Gemeinden aus der reichsrechtlichen Beamtenbewegung erwächst, vom Reich bezahlt werden soll. Die Reichsregierung vertritt demgegenüber die Ansicht, daß den Ländern eine einmalige Jubiläumsgabe vom Reich gegeben werden soll, damit sie in den Stand gesetzt werden, die Aufbesserung ausgeben zu können. Ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Postgebühren wurde demnach vorgelegt. Ein Gesetzentwurf über Erhöhung der Fernsprechnachrichten wurde im Hauptanhang ebenso wie über die Eisenbahntarife vorgelegt werden. Bei der Kopie zum Einkommensteuergesetz wurde man sich über die Lohnänderung unterrichten müssen.

Wohnungsfürsorge im Hauptanhang.

Br. Berlin, 20. Jan. Der Hauptanhang des Reichstags beschloß heute bei der fortgesetzten Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums mit den Wohnungs- und Siedlungsfragen. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach in den Haushaltsplan für 1921 etwa 300 000 M. zur Förderung gemeinnütziger Siedlungsarbeiten sowie zur Volksaufklärung über das Siedlungsproblem eingestellt werden sollen. Angenommen wurde ferner eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Entschließung, in den Haushaltsplan für 1921 20 Millionen Mark einzulegen zum Bau von Arbeiterwohnungen für reichsdeutsche Flüchtlinge. Bewilligt wurden zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und Beamten 2 Millionen Mark, für denselben Zweck im außerordentlichen Haushalt noch 10 Millionen Mark, ferner zur Gewährung von Darlehen zur Förderung der Neubautätigkeit und zur Fertigstellung angefangener Bauten 25 Millionen Mark, außerdem noch 1 Million Mark zugunsten Lübeck. Für Vorarbeiten zur Errichtung von Bergmannswohnungen wurden 300 Millionen Mark genehmigt.

Die Steuerzusage.

Br. Berlin, 20. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Hauptanhang des Reichstags wird sich heute mit der Steuerzusage befassen. In Zentralstellen nimmt man an, daß die Steuerzusage ohne weiteres bewilligt werden und daß der Reichstag zu dieser Angelegenheit kaum noch Stellung nehmen wird. Die neuen Steuern, wie Grundsteuer, Kohlensteuer, Branntweinsteuer, sollen dem Reichsamtlicher Parteien und der Regierung entsprechend nach den Wahlen in Bremen zur Verhandlung kommen. Man erwartet bei diesem Anlaß eine sehr lebhaft Debatte, zumal es in der Gesetzesvorlage über die Erhöhung der Steuerzusage verlaunt worden ist. Beisufügen, daß die Mehrausgaben für die Steuerzusage durch Steuern gedeckt werden.

Der Reichsrat über die Neuforderungen der Beamten.

Br. Berlin, 20. Jan. In der gestrigen Sitzung des Reichsrats berichtete Ministerialdirektor Sachs namens der Ausschüsse über den Gesetzentwurf, betr. eine weitere vorläufige Regelung des Haushalts für das Rechnungsjahr 1920, der die Neuforderungen für die Beamten enthält. Die Mehraufwendungen für das Reich durch den Gesetzentwurf belaufen sich auf 3.2 Milliarden Mark. In den Ausschüssen ließen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt, dem Abkommen insoweit zuzustimmen, als eine Erhöhung des Teuerungsausgleichs entsprechend den einzelnen Ortsstellen erfolgen soll; als nicht erträglich aber erschien es den Vertretern der Länder, daß in der Regierungsvorlage abgeleitet sei von einer Vorlage für den Mehraufwand der Länder und der Gemeinden. Die Ausschüsse haben die beiden ersten Paragraphen angenommen, aber folgenden § 3 hinzugefügt: Den Ländern sind aus den Erträgen der nach § 2 zu erhebenden oder neu einzuführenden Steuern die Anteile zur Bestreitung der Mehraufgaben zu gewähren, die ihnen und ihren Gemeinden dadurch erwachsen, daß die Teuerungsausgleich für Beamte und Ruhegehaltsempfänger nach den Grundätzen des § 1 festgelegt werden. Bis zu dem Zeitpunkt, da § 1 wirksam wird, werden die Mehraufgaben den Ländern aus der Reichskasse erstattet. Das Nähere über die Vollziehung von § 1 und 2 bestimmt der Reichsfinanzminister im Einvernehmen mit dem Reichsrat.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth bemerkte dazu u. a.: Nachdem die Ausschüsse des Reichsrats einen solchen Beschluß gefaßt haben, wird die Reichsregierung dem Reichsrat eine Sondervorlage zugehen lassen, in der der Paragraph nicht enthalten ist; es ist dies natürlich ein außerordentlicher Schritt, aber ich glaube, der Reichstag muß bei dieser Gelegenheit zu dem großen Schritt, den Sie tun, extra Stellung nehmen. Ich verlange die Vorlage der Länder nicht und auch nicht die finanzielle Notlage vieler Gemeinden; aber zu einem so weitgehenden Schritt für die Gemeinden sind bereit zu erklären von Seiten des Reiches, ist unmöglich. Die Reichsregierung war und ist bereit, der Notlage der Beamten nach den Vereinbarungen mit den Organisationen abzugeben; ich darf aber auch bei dieser Gelegenheit betonen, daß, so sehr die Reichsregierung die Notlage der Beamten anerkennt, sie auch die finanzielle politische Seite betonen muß.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Ein Vertrauensvotum für den 16er-Ausschuss.

Br. Berlin, 20. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat den in den Sechsherenausgang entfallenden Mitgliedern ein Vertrauensvotum ausgeteilt, und zwar einstimmig. Er hat der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß ein besseres Ergebnis nicht zu erzielen war. Er ist ferner der Meinung, daß keine Vertreter im Sechsherenausgang ihre Pflicht voll und ganz erfüllt und alles aufboten haben, um das Beste für die Eisenbahner herauszuholen. Eine weitere Entschliessung des Vorstandes wendet sich gegen die Zerplitterungsarbeit der Anhänger der in Moskau gebildeten Gewerkschaften internationalen. Es wird darin gesagt, diese Propaganda müsse mit Notwendigkeit zur gegenwärtigen Zerstückelung der Gewerkschaften, zur Beseitigung der Aktionsfähigkeit und damit schließlich zur Spaltung der Gewerkschaften führen.

Keine Verkehrseinschränkungen.

Br. Berlin, 20. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die durch die unangenehmen Witterungsverhältnisse hervorgerufenen Schwierigkeiten im Transport der geförderten Kohlen werden die allgemeine Verkehrsverhältnisse der deutschen Eisenbahnen als gefährlich erscheinen, so daß bereits von einer bevorstehenden Einschränkung des Personenverkehrs zu Gunsten des Güterverkehrs gesprochen wurde. Diese Gefahr ist nun beseitigt. Von den Fördermengen im Ruhrgebiet und Oberschlesien sind in Berlin 4000 Tonnen Kohlen täglich über die bisherige Fördermenge eingegangen, so daß der Bedarf gedeckt ist; Verkehrseinschränkungen sind nicht mehr zu befürchten.

Die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

W. T. B. Berlin, 19. Jan. Die von einer Berliner Mittagszeitung heute verbreitete Nachricht, daß das Reichskabinett eine neue Gesetzesvorlage über die Erhöhung der Postgebühren bereits verabschiedet habe, daß die Vorlage nunmehr dem Reichsrat zugehen und daß ferner eine Erhöhung der Telegraphengebühren im Verordnungswege erfolgen werde, ist unzutreffend. Das Reichskabinett hat eine solche Gesetzesvorlage bisher nicht beraten und auch nicht verabschiedet. Dem Reichsrat wird die Gesetzesvorlage vielmehr erst dann zugehen, wenn das Reichspostministerium den Entwurf mit dem Verkehrsminister beraten haben wird; daselbst gilt von den Telegraphengebühren, die im übrigen nicht im Verordnungswege anderweit festgelegt werden können, sondern hierzu ebenfalls des Erlasses eines besonderen Gesetzes bedürfen.

Leipart Nachfolger Legiens.

Br. Berlin, 20. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften, die zuletzt im Gemeinschaftshaus zu Berlin tagte, wählte den früheren württembergischen Arbeitsminister und Leiter des Arbeiterverbandes Theodor Leipart an Stelle des verstorbenen Genossen Legien zum Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Theodor Leipart ist am 17. Mai 1867 in Neudamm geboren und trat früh als Drechsler in die Gewerkschaftsbewegung ein. Schon im Jahre 1886 wurde er Vorstandsmitglied des damaligen Arbeitervereins der Drechsler und 1893 Vorsitzender des Arbeitervereinsverbandes. Er war jahrelang Redakteur der Zeitschrift für Drechsler und verwandte verschiedene Monographien über die Lage des Holzgewerbes. Als Mitglied der damaligen württembergischen Arbeitsminister, zur Leitung des Reichsarbeitsministeriums berufen wurde, kam Leipart an seine Stelle, doch trat er nach den Landtagswahlen zurück. Im württembergischen Landtag gehörte er der sozialdemokratischen Fraktion an.

Der Einspruch gegen die Vorschriften für die oberschlesische Abstimmung.

Mz. Berlin, 20. Jan. Die deutsche Regierung hat gegen die von der internationalen Kommission in Oppeln erlassenen Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien bei der Vorkonferenz und den Regierungen in Paris, London und Rom eingehend begründeten Einspruch erhoben.

In der Note wird zunächst darauf hingewiesen, daß die unter dem 30. Dezember erlassenen Vorschriften dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln erst am 4. Januar 1921 übergeben worden sind. Diese Vorschriften seien erlassen worden, ohne daß über ihren Inhalt mit dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln oder einer der in Oberschlesien vorhandenen Organisationen der Deutschland zuneigenden Abstimmungsberechtigten in Verbindung getreten worden wäre. Auch der vom internationalen Ausschuss genehmigte paritätische Beirat sei wider Erwarten bei der Aufstellung der Abstimmungsvorschriften nicht beteiligt worden, während den Polen anheim gegeben worden sei, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Die Note hebt hervor, daß die Abstimmungsvorschriften einmal unmittelbare Verletzungen des Friedensvertrages enthalten, sodann Bestimmungen, die sich als unbillig, einseitig gegen den deutschen Teil der Stimmberechtigten gerichtete Härten darstellen, und endlich solche, die technisch undurchführbar sind.

In den Anlagen wird eine Zusammenfassung der deutschen Forderungen an den einzelnen Artikeln der Abstimmungsvorschriften mit einer Denkschrift überreicht, in der die wesentlichen Gründe gegen die Abstimmungsvorschriften zu erhebenden Anstände dargelegt werden.

Die Note schließt: Die deutsche Regierung kann die Vorschriften für die Abstimmung nicht als Grundlage für die Volksabstimmung in Oberschlesien im Sinne des Friedensvertrages anerkennen. Sie bittet, darauf hinzuwirken, daß sie einer Revision unterzogen werden.

Die deutsche Zahlungsweise.

Mz. Paris, 20. Jan. Der „Temps“ meldet, Staatssekretär Beraman habe nach Paris die Antwort der deutschen Regierung auf den französischen Vorschlag, fünf Jahre hindurch Sachleistungen im Werte von 3 Milliarden Goldmark jährlich zu machen, die auf Reparationskonto gutzuschreiben seien, mitgebracht. Deutschland sei bereit, auf der französischen Grundlage zu verhandeln, wolle sich aber nicht verpflichten, 3 Milliarden Mark zu zahlen, schlage jedoch offiziell keine andere Summe vor. Die deutsche Regierung habe zu erkennen gegeben, daß sie ein anderes Verfahren vorziehen würde, nämlich die Gesamtschuld festzusetzen.

Der „Temps“ sagt, durch die deutsche Antwort sei eine neue Lage geschaffen. Die Alliierten müßten beraten. Zwei Gesichtspunkte müßten im Auge behalten werden: Notifizierung der deutschen Schuld und Beteiligung an dem künftigen Aufbau Deutschlands. (Anmerkung des W. T. B.: An deutlicher zukünftiger Stelle wird die Nachricht des „Temps“ in dieser Form für nicht richtig gehalten.)

Mz. Paris, 20. Jan. Havas meldet aus London: Reuter erfährt, man sei in britischen Kreisen der Ansicht, Deutschland müsse sich davon Rechnung geben, daß die bevorstehende Konferenz von Paris ihm eine letzte Gelegenheit biete, hinsichtlich des Reparationsproblems vollständige Vorschläge zu machen. Man wisse darauf hin, daß die Forderungen der Alliierten sehr vernünftig seien und daß zahlreiche Zugeständnisse gemacht worden seien, und man sage, daß, wenn die Deutschen nicht annehmbare Vorschläge brächten, die Alliierten wahrscheinlich ohne die Mitwirkung der deutschen Sachverständigen handeln würden.

Die Erklärung des Kabinetts Briand.

Mz. Paris, 20. Jan. (Havas.) Der Text der Regierungserklärung wurde in einer gestern nachmittag stattgehabten Sitzung des Kabinetts gebilligt. Die Erklärung wird heute morgen dem Präsidenten der Republik zur Genehmigung vorgelegt und nachmittags in der Kammer von Briand und im Senat durch den Minister des Innern, Marraud, verlesen werden. Sie wird darlegen, auf welcher Grundlage und zu welchem genauen Zweck das Kabinett gebildet wurde, das sich bilden wird auf eine breite republikanische Mehrheit, die trenn festhält an den Verfassungseinrichtungen und entschlossen ist, die bürgerlichen Gesetze zur Geltung zu bringen. Ein Abschnitt der Regierungserklärung befaßt sich mit dem militärischen

Vom fröhlichen München.

Aus München wird uns geschrieben: Es gibt wieder ein fröhliches München. Ganz langsam, fast zögernd, hat es sich aus dem Hungerleid von sieben endlosen Jahren aus den traurigen Trümmern der Nachkriegszeit hervorgewagt und nach den alten, lieben Sitten einer längst vergangener Zeit gegoffen, wo man noch ohne äußeren Aufwand besser und glücklich zu sein verstand. Das Leben verlangt wieder ein Recht. Arbeiten will man — keine Pflicht tun — mit zusammengekauften Fäden der Wirtschaft ins Auge leben; aber der Hochlandswind, der von den blauen Alpenketten über das traurige München braust, hat dafür gesorgt, daß hier früher als in anderen deutschen Städten die Wähe, in die sich die Menschen hüllten, aus allen Häusern und Wäldern fortgeweht wurde.

Die goldenen Ringe der Weihnachts- und Silbesternacht sind erloschen. Damit aber der Alltag sich nicht in grauen Perlen aneinanderreibe, haben von allen Vorkämpfern leuchtende, grüne, rote und gelbe Plakate das Münchener Wäldlein zu barmherzigen Vergnügungen und fröhlichen Tönen ein. Keine rauhenden, ausgelassenen Feste sollen es in dieser schweren Zeit sein, nur Gesellschaften, in denen mehr denn je uralte Trachten und Traditionen zu Ehren kommen sollen. Es wird wie ein Symbol, daß gerade in diesem Jahr das 400jährige Jubiläum der Schafflertänze in München gefeiert wird. Die Überlieferung erzählt, daß im Jahre 1517 die Schaffler zum erstenmal in den mittelalterlichen Straßen ihre Tänze aufführten. Das lärmende Ensembles, das die Volkstänze um sich verbreitet hatte, hielt die Menschen auch nach dem Erscheinen der furchtbaren Krankheit hinter Schloß und Riegel. Nun geht es, aus allen Gassen und Wäldern das Gefühl des schwarzen Todes zu jagen, die Bevölkerung aus ihren Häusern zu locken, neues Leben über der Friedhofswüste erblühen zu lassen. Als erste wagten die Schaffler sich hinaus, und ihren bunten Trachten, ihren fröhlichen Tänzen und lustigen Weisen gelang es, den finsternen Bann zu brechen und wieder Freude und Hoffnung zu verbreiten. Die Schaffler sind ihrer sieben Stadien treu geblieben, und auch in die ein Jahr soll ihr Tanz verfallen, daß Freude und Hoffnung leben und lachen schweren Zeiten bessere folgen werden. Sie wurden bei ihrem ersten Auftreten im Löwenbräu mit nicht endendem Jubel begrüßt. Gleichmäßig gehören die Tänze, die alle sieben Jahre aufgeführt werden, nach alter Überlieferung auf die Straße zwischen den alten Toren zu Hüben der Frauenstraße; aber diese Erlaubnis wurde in diesem Jahre nicht gegeben, und so tanzten die Schaffler hinter geschlossenen Türen, in den Bräuen, im

Problem. Die Regierung werde sich für die Verwirklichung der Herabsetzung der Dienstzeit einsetzen. Dann wird die Finanzfrage behandelt, die völlig beherrscht und selbstbedingt sei durch das überragende Problem der von Deutschland geschuldeten Reparationen. Es müsse ein umfangreiches Wirtschaft- und Sanierungsprogramm ausgeführt und Anstrengungen gemacht werden, um die Ausgaben den Einnahmen des Budgets anzupassen. Andererseits werde die Regierung, die die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete zu beschleunigen trachte, sich dafür einsetzen, von Deutschland die Ausführung des Friedensvertrages zu erlangen, ohne auf die Gewalt zurückzugreifen, wenn Deutschland sich geneigt zeige, seine Verpflichtungen sowohl hinsichtlich der Entschädigung wie hinsichtlich der Beibehaltung der von ihm abstrahiert vergrößerten Schäden innezuhalten. Deutschland gegenüber empfehle sich die Beibehaltung der auf den Schlachtfeldern besiegten Alliierten; dies sei nicht weniger nötig, um die Beständigkeit der auswärtigen Politik zu sichern. Im Orient werde sich Frankreich einsetzen für die Aufrechterhaltung und Festigung seiner erworbenen Rechte gemäß den jahrhundertelangen Traditionen. Bezüglich Rußlands werde das neue Kabinett dem Volke auch weiter Handelsfreiheit gestatten, aber nicht die politischen Beziehungen mit der Sowjetregierung aufnehmen, solange diese nicht Garantien dafür gegeben habe, daß sie entschlossen sei, den freiausgedrückten Willen des russischen Volkes zu achten.

Die Verhandlungen über die Marktbestände in Belgien.

Mz. Berlin, 19. Jan. Die zu Verhandlungen über die Rüchnahme der belgischen Marktbestände in Brüssel eingetroffene deutsche Delegation hatte mehrere Unterredungen mit den belgischen Ministern. Der stattgefundenen Gedankenaustausch hat es notwendig gemacht, daß die deutschen Delegierten nach Berlin zurückkehren, um neue Instruktionen einzuholen. Die Verhandlungen werden demnächst wieder aufgenommen.

Nur ein Stimmzettel.

Bb. Berlin, 19. Jan. Auf den einmütigen Vorschlag sämtlicher Parteien hat sich dem „Vorwärts“ zufolge der Minister des Innern bereit erklärt, einen einzigen Stimmzettel für die drei Wahlen zum Landtag, zum Provinziallandtag und zum Kreistag für jede Partei zuzulassen.

Holz nicht begnadigt.

Mz. Berlin, 20. Jan. Nach einer Blättermeldung aus Dresden wurde ein Antrag der Kommunisten auf Begnadigung des Holz von allen anderen Parteien des sächsischen Landtages abgelehnt. Der Justizminister erklärte bei dieser Gelegenheit, daß sich die täglich einlaufenden Gnadengesuche bis zu 200 Stück häufen.

Sowjetrußlands Bemühungen um Handelsbeziehungen.

Br. Berlin, 19. Jan. (Eia. Drahtbericht.) Der rüchliche Handelsabverständige Krasin war vor einigen Tagen in Berlin, und er verhandelt jetzt wieder mit Vertretern des schwedischen Handels über die Aufnahme von Handelsbeziehungen. Monatelang weilte er in London, um dort gleichfalls wirtschaftliche Verbindungen anzuknüpfen. Es scheint, daß die Sowjetleute möglichst viele Eilen ins Feuer legen möchten, um die eine Nacht gegen die andere auszuweichen. Gegenwärtig kann es sich nur um die Lieferung bestimmter Spezialwaren handeln, die Rußland unbedingt braucht. Viele bezahlt es ja auch mit Gold. Ein geordneter Handelsaustausch ist mit ihm vorläufig völlig unmöglich. Denn es hat nichts, was es im Austausch liefern könnte. Im übrigen ist zwischen England und Rußland eine Spannung eingetreten. Nichtsdestowenig hat eine Note an die englische Regierung gerichtet, in der er ihr Verleumdungsmanöver bei den Wirtschaftsverhandlungen vorwirft. Er schlägt die Aufnahme von politischen Verhandlungen vor, die einem Konflikt zwischen Rußland und England vorbeugen sollen. Man darf bezweifeln, ob dieses Angebot aufrichtig gemeint ist. Offenbar ist Herr Krasin nur nach Deutschland entsandt worden, um England zu bluffen.

Stark und im Theater in einem eigens für sie geschaffenen Saal „Die Himmelschaffler“. Und wirklich, ein Ständchen Himmelschaffler hat sich mit ihnen über die geäußerte Gegenwart gestellt. Der Anblick der alten Trachten mit den schwarz-lackierten Köden, weißen Westen, gelben Schürzen, schwarzen Hosen, weißen Strümpfen, der Reigen und Figuren, die in der „Krone“ ihren Gipfelpunkt erreichten, ließ in allen Herzen eine alle Gegenstände und Härten überbrückende Freude und Rührung aus. Die Völligkeit — das garstige Lied ist vergessen; man hat nur noch Ohren für die wohlbekannten, nie verlassenden Töne der Musik und Augen für die prächtige gewachsenen leinsten Juchheiser und Reifenschwinger, und die Wähe der beiden Kurkel, das ewig junge „Greit“, das, von einem Hanswurst getragen, aus dem Hasen „Bunt“ herausguckt, für den drallenden Beifall. Doch auch in die frohen Tanzweisen fällt wie vor 400 Jahren wie ein Trauerflor die Erinnerung an eine dememorende Zeit: das schwarze Band, das die Kunsttänzer an der Brust im Gebenden an die wäsende Welt tragen, ist wie ein kalter Trauerflor. Alle Tänzer sind 1914 in den Krieg hinausgegangen, von den 27 aber maktten 7 ihr blühendes Leben auf dem Feld lassen, und treu wird in der Begrüßungsrede dieser Tapferen gedacht.

München soll in diesem Jahre nicht nur keine Schafflertänze, sondern auch keinen Karneval haben, und auch hier will man den leinen, ausgelassenen, übernatürlichen Rhythmus der Vorkriegszeit durch den harmlos-trübsamen Rhythmus ersetzen, der in dem lieben, behaglichen Alt-München alle Herzen entkammte. Das Fremdländische wird in Wort und Schrift wider bekämpft, der traditionslose Onkel, Tante, die grotesken Figuren des Tanzauslasten verpönt sein und dafür der Walzer, die Quadrillen, die Besonderen wieder zu Ehren kommen, damit jeder sich auf sich selbst und die Eigenart und Vergangenheit seiner Wähe, seinen Heimatstadt befinne. Es liegt etwas Verzerrendes, Verleumdendes in diesem nationalen Zug, der jetzt durch die einseitige Forderung weht und der sich nicht nur in dem ersten Willen zur Arbeit und Ordnung, sondern auch in allen Vergnügungen und künstlerischen Veranstaltungen offenbart. Überall in den Blumen- und lachenschmückten Sälen der Stadt haben die Redouten begonnen, die sich in diesem Jahr durch die auf 11 Uhr festgesetzte Vollstunde in einem recht engen Rahmen bewegen müssen. Die für den Mittelstand so einschneidende Toilettenfrage wurde auf die einfachste Art gelöst, und fast überall die alte, materielle Vollstunde und das für jugendliche Erscheinungen so entscheidende Dienstdress angesetzt. So weht Bergesfrische und Hüttenpoeke in die geschlossenen Säle hinein, und es ist nirgendwo Raum für ein tolles, alle niederen Instinkte aufreizendes

Wiesbadener Nachrichten.

Reichsnotopfer.

Wie uns der Vorstand des Klein- und Mittel-Rheinischer Landesverbandes Hessen, Nassau, Kurhessen, in der Zentralstelle des Deutschen Rentenbundes in Berlin jetzt vom Reichsfinanzminister folgender Bescheid bezüglich der Zahlung des Reichsnotopfers zugegangen: In einer Reihe von Eingaben und eingelaufenen Berichten ist auf die schwierige Lage hingewiesen worden, in die diejenigen Steuerpflichtigen geraten sind, die Beiträge auf ähnliche Stundung des Reichsnotopfers nach § 27 des R.-N.-G. gestellt haben, infolge der zeitlich beschränkten Annahme von einkommensabhängigen Kriessanleihen. Da die Beiträge vor dem Fristenablauf in der Regel nicht entrichtet sein werden, geraten die Steuerpflichtigen für den Fall der späteren Ablehnung ihres Antrags in die Gefahr, der Vermögensverfall der Eingabe von Kriessanleihen zum Vorzugsturs verfallen zu geben. In diesen Fällen bin ich nach § 43 des R.-N.-G. Absatz 5 ausnahmsweise bereit, selbstgezeichnete Kriessanleihen zum Vorzugspreis in Zahlung zu nehmen, wenn die Kriessanleihen innerhalb eines Monats nach Zustellung des Ablehnungsbescheides unter Vorlage des Bescheides bei der Abnahme der Zahlung eingeleitet werden. Ich erlaube die Landesfinanzämter, die Finanzämter und Annehmestellen mit Weisung zu versehen.

Gedenket der hungernden Vögel!

Der „Tierkultverein“ schreibt uns: Wohl in jeder Haushaltung findet sich etwas, das man diesen Armen geben kann: allerlei Speiseabfälle, Fleisch, Speck, Talgstücke, Äpfel, Birnen, Nüsse, Gurken und Kürbisse, Rüchstände aus den Kässen der Stubenböden usw. Auf dem Lande gibt es in jeder Scheune Heuballen (Heulamen) und sogenanntes Wintergetreide, vielfach auch Vögel, Hühner, Wacholder und andere Beeren, Sonnenblumenkerne und dergleichen. Wer aber eine kleine Ausgabe nicht scheut, kaufe Körner und Samen aller Art, sogenanntes Vogelfutter, besonders Haat, weil der den Vögeln am meisten zuträgt. Man lege und streue das Futter an einen geeigneten möglichst ruhigen ungetrübten, sicheren, ansehnlichen oder ideal zum Schnee zu betretenden Ort, am besten natürlich ihnen bekannten Futterstellen in einem Garten oder von Gärten umgebenen Hof in ein Gartengäßchen, oder, wenn dies alles nicht vorhanden ist, auf eine Bank, ein Fensterbrett, auf einen Balkon usw. Futterplätze im Freien, die keine Deckung gewähren, lassen sich gut und zweckmäßig mit Gesträuch aller Art, Dornen oder Tannenzweigen umgeben und verwahren, so daß sie ein kleines Dickicht bilden zum Schutz der kleinen Singvögel gegen ihre Feinde. Neben dem Futter darf auch das Wasser nicht fehlen. Die beste und dankbarste Zeit der Fütterung ist die Morgenzeit. Wir erlauben alle Vogel-freunde und edelgütige Menschen, insbesondere die Hausfrauen, der hungernden Vögel zu bedenken und ihnen Hilfe zu bringen. Es ist das selbe Herz, das Menschennot erregt und das im Wintersturm die Vögel nicht vergißt.

Über die Wetterlage nach dem vorangehenden Winter gewitter wird uns von Sachverständigen mitgeteilt, daß für die nächsten Tage wohl mit etwas trockenerer Witterung zu rechnen ist, die jedoch noch keineswegs beständig bleiben wird. Man kann also stets mit neuen Regenfällen und in höheren Lagen mit Schnee rechnen. Die Temperaturen werden voraussichtlich um den Nullpunkt schwanken und eher nach oben als nach unten abweichen. Die gewaltigen Wirbelstürme der letzten Tage werden voraussichtlich von kälteren Nord- und Ostwinden abgelöst.

Gültigkeitsverlängerung der laufenden Bettkarten. Es wird auf die im Anseinerzeit befindliche Bekanntmachung des Magistrats hinweisen.

Eine Klage gegen die Reichsgetreidekasse. Der Arbeitsgeberbund für das Ruhr- und Transportgewerbe hat einen Strafantrag gegen das Direktorat der Reichsgetreidekasse in Berlin eingereicht. Die Strafanzeige ist nicht darauf, daß die Reichsgetreidekasse durch die Kommunalverbände Hafer der alten Ernte zu 160 Pf. für den Feinmehlverkauf während sie im 1920 zum damaligen Höchstpreis von 23 bzw. 24 Pf. eingekauft hat. Sie liefert den Berliner Fuhrunternehmern den gleichen Hafer zum Preis von 108 Pf.

Wirtschaftliche Bildungsstufe für Betriebsräte. Im dritten Abend, der wieder auf befohlen war, hat Herr Dr. M. H. Vorkühner des Sachverständigenbundes Frankfurt a. M. sein Referat mit dem ersten Teil „Betriebsabteilungs- und Betriebsdemokratie“ begonnen. Zunächst erläuterte er den Betriebsabteilungs- und den Übergang zur heutigen sogenannten Betriebsdemokratie, die richtiger und zutreffender vom Referenten mit konstitutioneller Wirtschaftsreform bezeichnet wurde. Eine Betriebsdemokratie, d. h. Gleichberechtigung der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber, wäre erst mit der Sozialisierung möglich. Daß jeder heute

Fachtagungen. Nur die lebendige Freude, die den Alltag veredelt, läßt in ganz München wieder ihre bunten Bänder flattern und ihre fröhlichen Rufen doch über die Wolken steigen. S. Schade.

Aus Kunst und Leben.

* Eine Auslandsreise Dr. Hagemanns. Der Intendant des Staatstheaters in Wiesbaden Dr. Carl Hagemann ist von einer Gruppe bedeutender Südamerikanischer Intendanten durch Vermittlung des Intendanten Raoum Mittel eingeladen worden, im Lauf des Jahres 1922 mit einem aus allerersten Kräfte bestehenden Ensemble in Italien, Spanien und Südamerika eine Reihe von Opern und klassischen Operetten zur Aufführung zu bringen. Die sämtlich nach Entwürfen bekannter Maler ganz neu ausgestatteten und nach den Grundrissen moderner Regie inszeniert werden sollen. Es soll damit beabsichtigt werden, dem Ausland einen Eindruck von den Leistungen moderner deutscher Opernkunst zu vermitteln. — Wie wir dazu erfahren, hat sich Intendant Dr. Hagemann noch nicht entschieden, ob er das ehrenvolle Angebot annehmen wird.

* Futuristische Tanzkunst. Der als Futurist und Reformheld berühmte Signor S. T. Marinetti hat sich nun auch der Reform des Tanzes zugewendet und beschreibt in einer neuen Schrift die Grundgesetze der futuristischen Choreographie. „Die Bewegung der Maschinen, Stenographen, Kolben an Dampfmaschinen, Zahnräder und anderer Mechanismen muß vereinfacht werden, um die metallischen Grundgedanken des futuristischen Tanzes hervorzuheben“, lautet er. Dieser den Gang der Maschine nachahmende Tanz wird begleitet von leeren Geräuschen, die die Sprache des neuen, der Maschine angedachten Lebens ausmachen. Die Bewegungen des futuristischen Tanzes werden unharmonisch, ungraziös, unheimlich, unförmlich, klotzig. Marinetti findet dann die drei ersten futuristischen Tänze an, die er als den „Maschinengewehr“, den „Schrapnell“ und den „Fliegertanz“ bezeichnet.

* Vom amerikanischen Kunstmarkt. Die Abwanderung, unter der jetzt das amerikanische Wirtschaftswesen leidet, macht sich auch auf dem Kunstmarkt bemerkbar, wie einem Bericht des „Cicerone“ aus New York zu entnehmen ist. Die Verkaufsausschüsse nehmen immer mehr zu, und selbst große Kunsthandlanger bringen Teile ihres Lagers zur Versteigerung. So hat einer der hervorragendsten Kunsthandlanger Charles Dureau, einen großen Teil seiner Bestände auf die Auktion gelegt und für die letzten Monate des Jahres nur verhältnismäßig geringe Preise erzielt. Trotzdem war sein Geschäft recht

Neues aus aller Welt.

Der reichste Mann Berlins gestorben. Von dem an den Folgen eines Schlaganfalls in einem vorstädtischen Berliner Sanatorium Otto Warlewicz, sagt man, daß er der reichste Mann Berlins gewesen sei. Sein Vermögen wird auf mindestens 200 Millionen Mark geschätzt. Er hat bei seinen letzten Lebensjahren eine Reihe von Entschädigungen erhalten und sich zudem mit großer Energie in neue Geschäfte getraut. Sein Vater hat den Grundstock zu dem reichen Vermögen der Familie Warlewicz gelegt, indem er in Berlin letzte Wohnungen baute, die mit Möbeln ausstattete und sie darauf, besonders an Ausländer, weiter vermietete. Gemeinsam mit seinem Sohn, dem jetzt verstorbenen Bankier, hat er dann später das Kaiser-Kaufhaus in der Friedrichstraße gegründet, das sich allerdings als Flop erwies. Auch die Bauten in der verlängerten Hedemannstraße, die ebenfalls ein Werk Otto Warlewicz' gewesen sind, brachten infolge des Kriegsausbruches nicht den gewünschten Gewinn, doch wurden sie dann von verschiedenen Kriegsgesellschaften beigesteuert. Zu seinem großen Vermögen ist Warlewicz gekommen, indem er während des Krieges vielen deutschen Kommunisten Lebensmittel lieferte und dafür deren Anleihen übernahm, die er dann im Ausland angesichts der politischen Verhältnisse vorteilhaft unterbringen konnte.

Der gelante Einbrecher. Eine junge Kriegerwitwe namens Gladys Kome erwachte kürzlich in ihrem Hause bei Berlin durch ein Geräusch, machte Licht und fand im Treppenhause einen Mann mit einer Kette in der Hand. Als sie ihm entschieden erklärte, daß es eine Schande sei, eine Kriegerwitwe zu belästigen, erklärte er ihr, er werde ihr nichts Böses anhaben. Sie ließ ihn gehen. Den hat er sich dann, angeblich nicht ganz mit Billigung der Zeitungen, in mehreren Exemplaren heraus und dann das Haus verlassen. Die „Befehlshaber“ der Polizei haben ein Bild des Verbrechens, das der Kriegerwitwe schon vor ihrem Kuppel an seine Kriegerwitwe verleiht hatte. Der gelante Dieb ist übrigens drei Tage später dennoch verhaftet worden und wird nun wohl doch noch wegen Einbruchs bestraft werden.

Das verschundene Rembrandtgemälde. Für die Wiederbegehung des, wie berichtet, aus dem Hamburger Bankhaus Böhmer u. Co. gestohlenen Rembrandtgemäldes „Handschäft bei abziehendem Gewitter“, hat die Versicherungsgesellschaft, bei der das Gemälde für 2 Mill. M. versichert war, eine Belohnung von 50.000 M. ausgesetzt. Das jetzt gestohlene Gemälde hat vorher viele Jahre lang in der Berliner Galerie des Prinzen von Wittgenstein gehangen und gelangte nach der Revolution nach München, wo Geheimrat Rott es als echten Rembrandt anerkannte. Es war vor vier Monaten aus dem Gemälde nach Hamburg.

Verhaftung des Marine-Oberstleutnants der Flugstation Nordsee. In England wurde der Marine-Oberstleutnant Philipp der Flugstation Nordsee, der 150.000 M. amtliche Gelder unterschlagen hat, verhaftet. Es wurden bei ihm noch tausend Mark gefunden.

Stürme auf dem Atlantik. Im Nord-Ost eingetragene Handelschiffe erzählten, daß 13 Fregatten und 26 Frachtdampfer durch schwere Stürme auf dem Atlantik teilweise verunglückt worden sind und erst 12 bis 18 Stunden später zu erwarten sind. Unter diesen befindet sich der „Imperator“.

Handelsteil.

Der Rheinisch-Westfälische Kuxenmarkt.

Wider Erwarten hatte das alte Jahr, wie uns die Bankfirma Schwab, Noelle u. Co. in Essen schreibt, mit einer Aufwärtsbewegung auf sämtlichen Märkten geschlossen, und das neue Jahr folgte den Spuren seines Vorgängers, indem es mit sehr fester Tendenz begann. Die Tage des Januar-Februar 1920 schienen eine Neuauflage zu erleben. Große Kapitalien, die aus den verschiedenen Gründen Ende 1920 frei geworden waren, suchten Neuanlage; man wollte erhebliche Auslandskäufe beobachten und das spekulationsfreudige Publikum betätigte sich an den Börsen in großem Maße. Doch dann trat plötzlich eine Verflachung der großen Plätze ein, die für 1921 die Krise voraussetzenden Stimmen fanden wieder Gehör, und man verließ den breiten Markt, um sein Interesse Spezialwerten zuzuwenden. Besonders auf dem Kohlenkuxenmarkt ging es lebhaft zu, und es waren hier vor allem die schweren Werte, die sich bei durchweg fester Tendenz größter Aufmerksamkeit erfreuten. Man erwartet hier für die nächste Zeit den Abschluß von Fusionen und infolge dessen werden besonders Constantin d. Gr. zu steigenden Preisen in großer Anzahl aus dem Markt genommen. Auch Helene und Amalie und Fröhliche Morgenröte, für welche Werte man ebenfalls Gebote von Konzernen erwartet, gingen in Posten, doch zu schwankenden Kursen, um. Mit Rücksicht auf die Höherbewertung von Constantin sagte man sich, daß Ewald und König Ludwig billiger seien, so daß auch hierfür lebhaft Nachfrage bestand; die Höchstkurse konnten sich jedoch nicht voll behaupten. Weniger beachtet waren Graf Bismarck und Langenbrunn. Die Geschäftstätigkeit in mittleren und leichteren Werten war geringer. Auch hier war die Tendenz nach festem Beginn zum Schluß der Berichtswoche schwächer. Eine Ausnahme machten von linksrheinischen

Werden Diergardt und Wilhelm Mevissen, die nach kurzer Abschwächung fest beschließen. Der Braunkohlenkuxenmarkt hatte zwar auch in fester Tendenz eingeleitet, doch ging es hier verhältnismäßig ruhig zu. Erst in den letzten Tagen zeigte sich größeres Interesse für die Werte des Michelkonzerns, das zu ansehnlichen Kurssteigerungen führte. Infolge Gewinnrealisation konnten die Höchstkurse jedoch nicht behauptet werden. Dagegen beschließen Lucherberg, Oskarsen und Zukunft-Aktien die Woche sehr fest. Der Erzkukenmarkt lag still. Nur Blissenbach wurden vorübergehend höher bezahlt, blieben aber zum Schluß billiger. Die Hoffnung, daß das neue Jahr den langersehnten amerikanischen Kalilieferungsvertrag bringen würde und die Eingangs erwähnten Umsätze führten auch dem Markt für Kaliwerte neue Käufer zu und veranlaßten auch hier bei zeitweiser lebhafter Nachfrage ansehnliche Kurssteigerungen. Plötzlich und fast ohne äußere Gründe trat dann ein Umschwung ein, wahllos wurde das Material an den Markt geworfen und bei größter Zurückhaltung der Käufer gingen die Kurse sprunghaft zurück. Nur wenig Werte machten eine Ausnahme und wir können uns daher darauf beschränken, Wintershall, Alexandershall, Rössing-Barnten, Hope, Heimbildhausen und Erichsenen als verhältnismäßig widerstandsfähig bzw. behauptet zu bezeichnen. Auch Kaliaktien legten nach festem Beginn der Allgemeintendenz und gaben im Kurse bei geringen Umsätzen nach. Nur Salzdelfurth, Sigmundshall und Adolfschick waren behauptet und wenig verändert.

Der Markkurs im Ausland.

mz. Mainz, 19. Jan. Die bei dem andauernden Steigen der Mark in der letzten Zeit und namentlich bei ihrem recht erheblichen Anziehen in den letzten Tagen befürchtete Reaktion, die sich bereits gestern ankündigte, hat heute zum Teil in erheblichem Umfang ihren Fortgang genommen. In Berlin wurden die ausländischen Zahlungsmittel durchwegs ziemlich erheblich wieder herabgesetzt, und zwar Amsterdam um 74 auf 2114, Brüssel um 16 auf 426, Stockholm um 65 auf 1580, Italien um 84 auf 226, London um 10 auf 243½, New York um 225 auf 6450, Paris um 8 auf 403, Schweiz um 17½ auf 1002½ und Spanien um 10 auf 849½. Aus dem Ausland kommt die Mark heute ebenfalls abgeschwächt, und zwar in Zürich um 0.70 auf 9.93, Paris Anfang von 26 auf 25.12, bei Schluß auf 24.75, Amsterdam um 0.12½ auf 4.70.

Industrie und Handel.

* Berliner Maschinenbau-A.-G., vorm. L. Schwartzkopff in Berlin. Der außerordentlichen Generalversammlung lag der Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals um 30 Mill. M. auf 54 Mill. M. vor durch Ausgabe von 12 Mill. M. Stammaktien und 18 Mill. M. Vorzugsaktien. In der Begründung des Antrages nahm der Vorsitzende Dr. Gustav Sintenis Bezug auf die in der vor einigen Wochen stattgehabten ordentlichen Generalversammlung gemachten Mitteilungen, wonach bei der Gesellschaft ein größerer Geldbedarf bestehe. Die Umsätze hätten im weiteren Verlauf eine außerordentliche Höhe erreicht. So betragen die Löhne, die Abfertigungen und die unbedingten Aufträge mehr als dreimal der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Umsätze hätten auch hinsichtlich des Materials erheblich zugenommen. Die Unterhaltung der Anlagen, die auf voller modernster Höhe gehalten werden müssen, erfordere erhebliche Ausgaben, auch müsse die Gesellschaft vor Verlegenheiten geschützt sein, falls die Zahlungen nicht so prompt eingingen als vorher. Die Anträge der Verwaltung wurden einstimmig genehmigt.

* Betriebseinschränkungen in der Kalindustrie. Infolge Absatzschwierigkeiten in der Kalindustrie sehen sich nach Mitteilung Berliner Blätter, die Deutschen Kaliwerke, A.-G. in Bernerode, gezwungen, den Betrieb einzuschränken. Sie haben einem Teil der Arbeiter gekündigt.

Aus unserem Leserkreise.

Nicht vermerkte Entsendungen werden weder zurücksandt, noch aufbewahrt.

* Die Konfirmationsfeier in der Nähe der Kasse. Für die meisten Eltern bedeutet der Tag der Konfirmation zu großen Ausgaben, die bei ihren Vermögensverhältnissen nur unter schweren Opfern bestritten werden können. Namentlich die Bekleidung der Kinder für die Konfirmation ist ein sehr betrübendes Kapitel, es müßte mit der Zeit im Gegenstand zu anderen Dingen noch immer bestehende Sitte, die Kinder im schwarzen Kleide zum Altar zu führen, endgültig gebrochen werden. Beispielsweise in Köln und Düsseldorf hat sich der Brauch längst eingebürgert, aus praktischen Gründen die Mädchen hell, meist weiß, zu kleiden, da die Konfirmationsfeier doch keine Trauerfeier ist. Abgesehen davon, daß das helle Gewand besser zu der jugendlichen Mädchenhaltung paßt, bietet es in unserer

Zeiten nicht zuletzt die Aussicht auf die Eltern, ihnen die Ausgabe für das schwarze, schwere Kleid, für das sich so gut wie keine Verwendung wieder findet, zu sparen, während das weiße Kleid nicht nur im allgemeinen billiger zu beschaffen ist und auch in den kommenden Prüfungs- und Sommerferien ausgiebig getragen werden kann. Es wäre mit Recht zu begrüßen, wenn die Eltern die Konfirmationsfeier gegenüber der im Grunde den nachstehenden Gelegenheiten und mit ihrem Einfluß auf die Einführung heller Konfirmationskleider für die Mädchen hinwirken möchten.

Wetterberichte.

Meteorologische Beobachtungen der Station Wiesbaden.

	19. Januar 1921	1 Uhr 30 morgens	2 Uhr 15 nachm.	3 Uhr 45 abends	Mittel
Luft- auf 1 m. Normalhöhe	44.4	44.2	45.5	45.4	44.9
druck auf dem Meerespiegel	101.8	101.7	101.5	101.5	101.6
Thermometer (Celsius)	2.8	5.0	3.7	3.4	3.2
Donnerungsdruck (Millimeter)	4.7	5.1	4.6	4.6	4.8
Relat. Feuchtigkeit (Prozente)	82	75	77	73.0	79.0
Windrichtung	W 3	W 4	NW 7	—	—
Niederschlagshöhe (Millimeter)	1.3	2.5	1.0	—	—
Höchste Temperatur (Celsius)	6.5				
Niedrigste Temperatur: 1.5					

Wasserstand des Rheins

am 19. Januar 1921.

Hochwasser Pegel:	1.19 m gegen 1.20 m gestrigen Vormittag
Mainz:	0.31 m
Caub:	1.61 m

Wettervoraussage für Freitag, 21. Januar 1921

von der Meteorolog. Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.
Bedeckt, meist trocken, mild, südwestliche Winde.

Schützen Sie Ihre Gesundheit durch den steten Gebrauch der echten

Valda

Bonbons mit flüchtigem Antiseptikum.

Durch ihre starke antiseptische Wirkung verhindern sie Erkrankungen der Atemwege, halten Ansteckungen fern und kräftigen die Stimme.

Kaufen Sie aber nur die echten

Valda

in Blochschachteln mit dem Namen Valda und der Schutzmarke Schlangenzähnerin.

Zu haben in allen Apotheken u. Drog. Chela, Chemische Fabrik, Siegburg.

F 174

Beim Ein- Zahnpu'vor u. Zahnpasta verl. Si auf-
lauf von 20 bis 25 Pfund nach Zahnarzt Bahr. — 23

Die Abend-Ausgabe umfasst 6 Seiten.

Beauftragter: S. B. 114.

Verantwortlich für den politischen Teil: J. G. Schöber; für den Unterhaltungs- Teil: J. G. Schöber; für den lokalen und provinziellen Teil: Louis Gerhards; für die Anzeigen und Bekanntmachungen: S. B. 114; für die Anzeigen und Bekanntmachungen: S. B. 114.

Druck u. Verlag der S. B. 114 in der S. B. 114 in Wiesbaden.

Erstausgabe der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Sage hiermit allen verehrten Freunden u. Gönnern, welche mich bei der Eröffnung meines Geschäfts

Zigarrenhaus „Hansa“

Miche'sberg 15

mit Blumen und Gratulationen beehren, meinen allerherzlichsten Dank. — Empfehle besonders meine erstklassigen Spezialmarken in Zigarren:

Nr. 10	Esperanza	80 Pf.
„ 20	Superba	100 „
„ 30	La Palma	120 „
„ 40	Wocia	150 „
„ 50	Genial	180 „

Echter Nordhäus. Kauabak Mk. 1.80, Rauchtabake, Freyer-Pfeifen und Zigaretten in allen Preislagen. Wiederverk. hoh. Rabatt. Peter Schlink.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Kein Laden! 1. Etage!

Zur Räumung meines Lagers in

la Herren-Stoffen

für Anzüge, Ullster, Paletots u. Hosen verkaufe zu außerordentlich herabgesetzten Preisen.

Ein Posten blauer Cheviot, 140 cm breit für Kostüme, Röcke, Konfirmanten usw. von Mk. 65.— an.

Ein Posten Reste konkurrenzlos billig. Sichel

Michelsberg 16. Ecke Hoch-Altstr. 17, 1. Et.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Selbstgefert. pr. Lederwaren

Damentaschen, Portemonnaies

Brief- und Zigarrentaschen empfiehlt

Georg Mayer, Riehlstr. 9, Part.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Badhaus zum Bären

Kl. Webergasse 2/4 :: Bärenstraße 3.

Eigene Thermal-Quelle im Hause. 1371

Thermalbäder direkt aus der Quelle.

Kohlensäure-Bäder, elektr. Lichtbäder, Sauerstoffbäder. — Fango-Behandlung. — Trink-Kur. Hohe luftige Badehalle. — Ruheräume.

Frische Fische!
Gute Fische!

Freitag u. Samstag:

Frish vom Fang:

Große Seeweiblinge (Merlans) Pfd. 4.—

Knurrhahn, Backfische ohne Gräten Pfd. 4.—

ff. Dorsch, 2-4 pfündig Pfd. 5.—

ff. Seehecht, Seelachs u. Cabliau im Ausschnitt.

Feinste Angelscheffische in allen Größen.

Frish gewäss. Stockfisch Pfd. 4.—

Täglich frisch aus dem Rauch:

Scheffische 5.—, Seelachs 7.—

Knurrhahn 6.—, Forellenstör 16.—

Sprottbücklinge 5.50, Lachsbücklinge 6.—

Echte Kieler Fettsbücklinge, großfallend 6.50

Echte Kieler Sprotten 10.—

Die Preise verstehen sich per Pfund ausgewogen.

In Originalkisten zu Engrospreisen in:

Trickels Fischhallen

Hauptgeschäft:

Grahenstr. 16.

Telephon 778.

Zweiggeschäfte:

Bleichstraße 26, Kirchgasse 7, Würthstraße 24, Dotzheimer Straße 53,

Zietenring 5 und Röderstraße 3.

Von der Reise zurück:

Dr. Schlesinger, Ohren-, Nasen- u. Halsarzt
Wilhelmsstraße 30.

Spezialgeschäft für Koffeinextrakte
neue und gebrauchte.

Neuanfertigung nach Maßangabe
Eiserne Schreibmaschinen, Kassen
Feuer- u. Diebstahlsichere Einmauerungskassen
Raffetten.

Reparaturen und Veränderungen.

Telef. 10-3. **J. A. Bender,** Telef. 1847.
Hörigstraße 28.

Bin jetzt an das Fernsprechnetz unter der

Nummer

5165

angeschlossen.

NB. Empfehle mich in bester Ausführung von elektrischen Licht- und Kraft- sowie Heizungsanlagen.

Oswald Lehnhard

Philippstraße 49. Werkst.: Emser Str. 20.

Naturreiner Rotwein

franz., bestes Stärkungsmittel

für Kranke und Genesende.

18er Justberger Montagne Fl. Mk. 13.—

18er Lorry Mardigny Fl. Mk. 14.—

ohne Steuer und Glas. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich, wo nicht erfragen Sie bei uns nächst- u. Kaufstelle. Verlangen Sie ausdrücklich diese Marken.

Hubert Schütz & Co., Wein Großhandel

Nikolastraße 28. Fernsprecher 6391.